



**Dorothea Kerschgens**

**Vorstandsmitglied des Dachverbands  
der Kritischen Aktionärinnen  
und Aktionäre**

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und  
Aktionäre  
Pellenzstr. 39, 50823 Köln  
Tel. 0221 / 599 56 47  
Fax: 0221 / 599 10 24  
dachverband@kritischeaktionaeere.de  
[www.kritischeaktionaeere.de](http://www.kritischeaktionaeere.de)

## **Rede auf der Daimler-Hauptversammlung 2013**

Der Dachverband der Kritischen Aktionäre unterstützt die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Sie ist das bisher größte zivilgesellschaftliche Bündnis gegen den Export von Rüstungsgütern aus Deutschland. Neben traditionellen Friedensorganisationen engagieren sich auch kirchliche Werke der Entwicklungszusammenarbeit, die Kinderrechtsorganisation "terre des hommes" und die NaturFreunde Deutschlands. Zentrale Forderung ist die Klarstellung von Artikel 26, Absatz 2, des Grundgesetzes, um ein allgemeines Verbot deutscher Rüstungsexporte zu erreichen. Darüber hinaus fordern wir Rüstungskonversion, d.h. den Umbau der militärischen Güter auf zivile Produkte. Die „Aktion Aufschrei – Stopp den Waffenhandel!“ erhielt im November 2012 den Stuttgarter Friedenspreis der An-Stifter und den Internationalen Deutschen PR Preis.

**Frage:** Wie beurteilt der Vorstand die Aktion?

Der Nachhaltigkeitsbericht 2012 zielt ein Actros. Er findet aber nicht nur zivile Nutzung, sondern wird z. B. Auch von den Streitkräften der Vereinigten Arabischen Emirate genutzt.

**Fragen:**

1. Wie viele militarisierte Lkw vom Typ Actros hat die Daimler AG an die Streitkräfte der VAE geliefert?

**Antwort Vorstand:** 9 Einheiten

2. Wurden für diese Lkw Rüstungsexportgenehmigungen erteilt?

3. Gibt es einen Servicevertrag, z.B. für die Ersatzteilversorgung der gelieferten Lkw, mit den Streitkräften der VAE oder dort ansässigen Unternehmen?

**Antwort Vorstand:** *die dortige Generalvertretung übernimmt alle Aufgaben in Eigenregie.*

4. Unterhält das Unternehmen irgendwelche Niederlassungen in de VAE?

5. Unterhält die Daimler AG irgendwelche Geschäftsbeziehungen zu der Golden International Group in den VAE?

**Antwort Vorstand:** *JA*

Soweto Sommer 1985. Es herrschte Ausnahmezustand in Südafrika. Trotzdem fuhr ich mit Kollegen ohne Genehmigung durch das Viertel, in dem über eine Million von Schwarzen wohnten. Der Südafrikanische Kirchenrat unterstützte meine Reise und ermöglichte auch die Fahrt durch Soweto. Der Fahrer, er war Angestellter des Kirchenrates, entdeckte von weitem eines der sandfarbenen Casspirs. Dieses Fahrzeug war von Mercedes Benz an das Militär und die Polizei geliefert worden, trotz des Waffenembargos, der von der UNO verhängt war. Der Fahrer wendete rasch, um keine Begegnung mit der Polizei zu riskieren. Obwohl ich kein Opfer von Apartheid war, konnte die Aufregung und Angst deutlich spüren. Diese Angst spürte ich auch in Crossroads bei Kapstadt, im Ghandisettlement bei Durban und an anderen Orten spüren. Begegnung mit der Polizei hatte häufig Verhaftung zur Folge, auch Folter ohne Begründung und ohne Kontakt mit der Familie oder einem Anwalt. Wir haben heute keinen Zeugen aus Südafrika hier. Deshalb stehe ich stellvertretend auch heute wieder vor Ihnen und frage Sie:

- Weshalb verweigern Sie eine Entschädigung für die Opfer von Apartheid?
- Weshalb schließen Sie sich nicht der Vereinbarung von General Motors mit Khulumani, der Vertretung der Opfer, an?
- Weshalb öffnen Sie nicht Ihre Archive, um Ihre Beteiligung an der Unterstützung des Apartheidregimes zu dokumentieren oder zu widerlegen?

**Antwort Vorstand:** *Keine Aussage. Auf einen anderen Redner, der auch den Prozess wegen Menschenrechtsverletzungen in Südafrika und Argentinien ansprach, äußerte sich der Vorstand: Klagen sind unzulässig und unbegründet.*

Herr Zetsche, „ganz vorn sein“ war Ihr Motto, das Sie heute Vormittag nannte. Sehen Sie zu, dass Sie nicht ganz hinten sind bei der Verwirklichung der Menschenrechte. Auf S. 58 Ihres Nachhaltigkeitsberichtes schreiben Sie: „Der Achtung und Wahrung der Menschenrechte messen wir höchste Bedeutung zu“. Dies mag für die Gegenwart und Zukunft der Arbeitnehmerrechte zutreffen. Sie strafen Ihre Aussage aber Lügen, wenn wir an den Export von Rüstungsgütern in Vergangenheit und Gegenwart denken. Ein anderes Thema:

- Ist es zutreffend, dass Sie Ihre finanzielle Unterstützung für kulturelle Zwecke wie Ausstellungen und Konzerte in Baden-Württemberg zurück genommen haben?
- Wen betrifft dies und in welcher Höhe und mit welcher Begründung?
- Ist es zutreffend, dass Sie die Fashion Week in Berlin sponsern? In welcher Höhe und seit wann?
- Wie wägen Sie die kulturelle Unterstützung für Konzerte und Museen gegenüber der von Fashion Week ab?

**Antwort Vorstand:** Nicht entweder oder. Wir unterstützen beides. Bei der Fashion Week wollen wir weibliche potentielle Kunden ansprechen.

Seit Jahrzehnten klagen wir als Kritische Aktionäre Daimler an wegen seiner Rüstungsexporte in alle Welt. Wir kritisieren seit Jahrzehnten ebenfalls die speziellen Exporte nach Südafrika während der Apartheidzeit. Und seit Jahren fordern wir Daimler auf, sich in der gerichtlichen Auseinandersetzung gegenüber Ansprüchen von Apartheidopfern zu bewegen.

Ebenso unterstützen wir die Entschädigungsforderungen der 22 argentinischen Familienangehörigen von Verschwundenen und Überlebenden der Folterhaft, die 2004 eine Klage gegen Daimler in den USA eingereicht haben.

Wir sehen es als einen Erfolg an, dass sich im Fall der Apartheidklage seit 2002, also 10 Jahre Gerichte in den USA sehr eingehend mit der Frage nach Beihilfe von schweren Menschenrechtsverletzungen – Englisch *second liability* – befassen.

Als einen weiteren Erfolg werten wir es, dass US-Gerichte seit 2004 die Frage der Beteiligung von Mercedes-Benz Argentinien an Menschenrechtsverletzungen zur Zeit der Militärdiktatur in Argentinien behandeln. Es zeigt sich, dass US Gerichte diesem Thema Gewicht verleihen und das ist angesichts der weltweiten Exporte auch an Diktatoren angemessen.

Nun hat es vor Wochen Bewegung gegeben, nicht von Seiten Daimlers oder der anderen deutschen Firma Rheinmetall. Nein, Sie beharren bislang weiterhin auf Ihrem Standpunkt. Bewegung gab es von Seiten des US-amerikanischen Unternehmens General Motors. Sie haben sich bereit erklärt, die Opfer von Apartheid zu entschädigen. GM bietet Unternehmensanteile im Wert von 1,5 MIO US-Dollar als Entschädigung an. Neben individuellen Kompensationszahlungen sollen über einen Reparations- und Rehabilitationsfond auch Bildungs- und Sozialprogramme bezahlt werden. Majorie Jobson, die Direktorin von Khulumani, der Vereinigung der Apartheidopfer äußerte sich erfreut: „Wir sind dankbar für dieses Angebot und hoffen, dass auch die übrigen angeklagten Firmen diesem positiven Beispiel folgen werden“.

Der Trägerkreis der Kampagne „Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika“, dem ich auch angehöre, unterstützt die Klage seit vielen Jahren. Er hat Ihnen Herr Dr. Zetsche am 22. März geschrieben und hat Sie aufgefordert, sich der Entschädigung von GM anzuschließen und einen signifikanten Beitrag zu diesem Fonds zu leisten.

In der Stellungnahme Ihrer Verwaltung vom März 2012 auf unsere Gegenanträge lese, Sie haben zu keinem Zeitpunkt mit den südafrikanischen Sicherheitskräften zur Aufrechterhaltung der Apartheid zusammen gearbeitet.

#### **Meine Fragen:**

- Haben Sie an die Sicherheitskräfte der Regierung von Südafrika Unimogs geliefert?
- Wenn nein, wer war dann der Adressat dieser großen Zahl von Unimogs? (Dies

könnte ja ein ebenso verschleiender Umstand sein, wie Rheinmetall seine Munitionsabfüllanlage auch nicht direkt an Südafrika lieferte, sondern via Paraguay.) Deshalb ist neben der Forderung nach Entschädigung die Forderung nach Öffnung der Archive ebenso wichtig für die Opfer in Südafrika wie für uns Bundesbürger, die sich mit der südafrikanischen Opposition solidarisierten, als für Sie der ANC noch eine Terrororganisation war.

Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie zur Aufrechterhaltung von Apartheid beitragen wollten. Aber was ich Ihnen hier deutlich sage, Sie haben die Aufrechterhaltung von Apartheid in Kauf genommen. Und genau dies meint *secondary liability* – Beihilfe von schweren Menschenrechtsverletzungen. Sie konnten doch nicht im Ernst glauben, damit würden Soldaten nur zum Fußballspiel gefahren werden, oder Schwarze in Golfclubs chauffiert!

**Weitere Fragen:**

- Wussten Sie von der Entscheidung von GM, bevor dies an die Öffentlichkeit gelang?
- Wie wurde die Entscheidung von GM bei Ihnen im Vorstand diskutiert?
- Welche Haltung nimmt der Vorstand nach dem Entschädigungsangebot von GM für Ihr Haus ein?
- Stimmen Sie sich mit Rheinmetall in dieser Frage ab?

Wir haben in unserem Gegenantrag auch nicht unterschlagen, dass Daimler nach dem Ende von Apartheid soziale Projekte unterstützt. Wenn Sie aber weiterhin Ihre bisherige Haltung Klage beibehalten, kann ich nur einen Schluss daraus ziehen: Sie wollen sich in Zukunft alle Optionen freihalten auch künftig Diktatoren und Menschenrechte verachtende Regime mit Waffen zu beliefern, die damit die eigene Bevölkerung in Schach halten. Dies ist menschenverachtend und wird sich auf Dauer negativ auswirken, heute schon moralisch, aber in Zukunft auch ökonomisch.